

**Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie**

**Protokoll**

58. Sitzung (nicht öffentlich)

18. Januar 1995

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.10 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Dr. Schwericke (CDU)

Stenograph: Theberath

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Tourismus in Nordrhein-Westfalen - Chance für den  
Strukturwandel**

5

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 11/3384

in Verbindung damit:

**Tourismus mit Einsicht - ein Motor für die ökonomische und  
ökologische Erneuerung in Nordrhein-Westfalen**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 11/3642

und

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie  
58. Sitzung

18.01.1995  
the-lg

Seite

**Bericht der Landesregierung "Tourismus in Nordrhein-Westfalen  
- Leitlinien und Handlungsfelder"**

Vorlage 11/3069

Zuschriften 11/2844, 11/2851 bis 11/2854 und 11/3365  
Ausschußprotokoll 11/997 (öffentliche Anhörung am 30.09.1993)

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen -

Der gemeinsame Antrag von SPD und CDU - Anlage zu diesem Protokoll - wird bei Enthaltung der F.D.P. gegen die Stimme der GRÜNEN angenommen. Gleichzeitig werden die Anträge der CDU Drucksache 11/3384 und der SPD Drucksache 11/3642 für erledigt erklärt.

**2 Streichung der Sperrzeiten für Schank- und Speisewirtschaften**

8

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 11/7418

Die Behandlung des Punktes wird auf Antrag der SPD-Fraktion auf eine der nächsten Sitzungen vertagt.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie  
58. Sitzung

18.01.1995  
the-lg

Seite

**3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gründung des  
Abfallentsorgungs- und Altlastensanierungsverbandes Nordrhein-  
Westfalen**

8

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/7652

Der - mitberatende - Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und  
Technologie verzichtet einstimmig auf die Abgabe eines Vo-  
tums.

**4 Umfassendes Altlastensanierungskonzept zur Verbesserung der Bo-  
denqualität und der Stärkung des Wirtschaftsstandortes NRW not-  
wendig!**

9

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 11/7882

Der Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 11/7882 wird mit  
den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Enthaltung der  
F.D.P. abgelehnt.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie  
58. Sitzung

18.01.1995  
the-lg

Seite

**5 Neue Unternehmenskultur für kleine und mittlere Betriebe 16**

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 11/7755

Der Antrag der F.D.P.-Fraktion Drucksache 11/7755 wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Enthaltung der CDU abgelehnt.

**6 Gleichwertigkeit der Berufsausbildung: Neuregelung der Bildungsförderung erforderlich 18**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 11/7714

Der Ausschuß verständigt sich darauf, erst in seiner Sitzung am 1. Februar über diesen Antrag abzustimmen und bis dahin Möglichkeiten einer gemeinsamen Meinungsbildung auszuloten.

**Nächste Sitzung: 1. Februar 1995**

\* \* \* \* \*

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie  
58. Sitzung

18.01.1995  
the-lg

Deswegen könne es seines Erachtens nicht mehr viel Diskussionsbedarf geben, und er sei dafür, nun über den Antrag abzustimmen und ihn ans Plenum zurückzugeben, damit sich so der "fruchtbare Kreis" über die drei vergangenen Jahre schließe, wie es auch in der vorigen Sitzung verabredet worden sei.

**Abstimmungsergebnis siehe Beschlußprotokoll.**

## **2      Streichung der Sperrzeiten für Schank- und Speisewirtschaften**

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 11/7418

Dieser Punkt wird auf eine der nächsten Ausschußsitzungen vertagt (siehe Seite 5)

## **3      Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gründung des Abfallentsorgungs- und Altlastensanierungsverbandes Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/7652

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, daß der federführende Umweltausschuß bereits vor acht Tagen die Schlußabstimmung durchgeführt und den Gesetzentwurf mit einigen von der SPD-Fraktion beantragten und angenommenen Änderungen mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der F.D.P. und der GRÜNEN verabschiedet habe.

Er gibt zu bedenken, ob der Wirtschaftsausschuß unter diesen Umständen ein Votum abgeben oder darauf verzichten sollte. Der ebenfalls mitberatende Ausschuß für Kommunalpolitik habe kein Votum abgegeben.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie  
58. Sitzung

18.01.1995  
the-lg

**Abgeordneter Poulheim (SPD)** ist dafür, auf ein Votum zu verzichten, das sich der Wirtschaftsausschuß in einer so komplizierten Materie nicht anmaßen sollte.

**Abgeordneter Meyer (CDU)** ist der Meinung, man sollte, wenn man sich selbst ernst nehme, nicht ein Votum über etwas abgeben, was schon erledigt sei, zumal die wesentlichste Änderung, die das Schulungszentrum betreffe, insofern bereits in Kraft getreten sei, als dieses Schulungszentrum schon vor Verabschiedung des Gesetzes eröffnet worden sei.

**Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.)** spricht sich dafür aus, das Verfahren, daß die Schlußabstimmung im federführenden Ausschuß bereits vor der Abgabe der Voten der mitberatenden Ausschüsse erfolgt sei, zu kritisieren.

Der **Vorsitzende** kündigt an, daß er dem Vorsitzenden des federführenden Ausschusses entsprechende Mitteilung machen werde.

Der **Ausschuß** verzichtet einstimmig auf die Abgabe eines Votums.

**4      Umfassendes Altlastensanierungskonzept zur Verbesserung der Bodenqualität und der Stärkung des Wirtschaftsstandortes NRW notwendig!**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 11/7882

Der **Vorsitzende** teilt mit, daß dieser CDU-Antrag, der am 10. November an den Umweltausschuß - federführend - und zur Mitberatung an den Wirtschaftsausschuß überwiesen worden sei, während der nächsten Plenarsitzungen abschließend behandelt werden solle. Daher bitte der federführende Ausschuß den Wirtschaftsausschuß, nach Möglichkeit heute eine abschließende Stellungnahme abzugeben.

**Abgeordneter Meyer (CDU)** bedauert, auf diesem Sektor bisher keine Gesamtkonzeption der Landesregierung erkennen zu können. Es gebe keine Landespriorität.

## **Änderungsantrag**

### **der Fraktionen der SPD und CDU**

zum Antrag der Fraktion der SPD

**"Tourismus mit Einsicht" - ein Motor für die ökonomische und ökologische Erneuerung in NRW**  
( Drucksache-Nr. 11/3642 )

und  
zum Antrag der Fraktion der CDU

**"Tourismus in Nordrhein-Westfalen - Chance für den Strukturwandel"**  
( Drucksache-Nr. 11/3384 )

#### **I. Grundsätze**

NRW ist ein wichtiges Tourismusland mit besonderen Stärken im Bereich des Kurzzeittourismus. Mit über 240.000 Beschäftigten und einem Umsatz von ca. 21 Mrd. DM hält die Tourismuswirtschaft einen Anteil von ca. 3 % am Bruttosozialprodukt des Landes. Gemessen an den Übernachtungen liegt NRW an dritter Stelle im Bundesländer-Vergleich.

Tourismuspolitik in NRW hat aber nicht nur eine wirtschaftliche Bedeutung: Die vielfältigen Tourismusköglichkeiten des Landes stellen für die Bürger einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität dar. Die unterschiedlichen Natur- und Kulturlandschaften mit ihren jeweiligen regionalen Charakteristika prägen das Bild eines vielseitigen und attraktiven Bundeslandes.

Tourismuspolitik in NRW verfolgt auch qualitative Ziele: Urlaub und Reisen sind Chancen zur Selbstverwirklichung, sie bieten Möglichkeiten zur schöpferischen, kulturellen und sportlichen Betätigung sowie zur Nutzung von Gesundheits- und Erholungseinrichtungen. Die zunehmende Bedeutung des Bildungs- und Kulturtourismus sowie die steigende Nachfrage nach Erlebnis- und Gestaltungsurlauben bestätigt dieses Ziel einer aktiven, selbstbestimmten und gesundheitsorientierten Erholung.



## II. Tourismus *im Wandel*

Der wachsende Tourismussektor leistet einen erheblichen Beitrag zum Strukturwandel in NRW. Gemessen an den Beschäftigtenzahlen liegt die Tourismuswirtschaft noch vor der Fahrzeugindustrie, der Elektrobranche, der chemischen Industrie, Eisen- und Stahlindustrie sowie dem Bergbau. Kur und Erholung, Kurzurlaub und Tagesausflugsverkehr, der wachsende Städte-, Messe-, Kongreß- und Kulturtourismus können Beschäftigungsverluste in den vom Strukturwandel betroffenen Regionen und Branchen abmildern sowie die Arbeitsmarktsituation in ländlichen Räumen stabilisieren.

Das Bedürfnis der Bürger nach Urlaub, kann jedoch auch negative Auswirkungen auf die Umwelt haben. Denn einerseits ist die "Naturerfahrung" nach allen Erkenntnissen das wichtigste Urlaubsmotiv und wird als körperlicher und seelischer Ausgleich zum urbanisierten Alltag immer wichtiger. Andererseits führt zunehmender Tourismus *auch zu mehr Belastung der Umwelt*. Zur "Erhaltung der Produktionsbedingungen" des Wirtschaftsfaktors Tourismus ist deshalb *ein verantwortungsvoller Umgang mit der Umwelt und die Erhaltung der Naturlandschaften unerlässlich*. Gleichzeitig wird die Entwicklung eines angepassten, umwelt- und sozialverträglichen "Tourismus mit Einsicht" zur wichtigsten Aufgabe der Landesregierung in der Tourismuspolitik, die alle anderen Tourismusziele *mit einbezieht*.

## III. Zukunftsaufgaben für einen "Tourismus *mit Einsicht*"

Für die Entwicklungschancen des Tourismus in NRW ist es ein zwingendes ökonomisches Gebot der Marktorientierung, Natur, Landschaft und regionale Kultur zu erhalten und unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten weiterzuentwickeln. Umweltbeeinträchtigungen, die vom Tourismus ausgehen, müssen zukünftig *reduziert* werden. Die regionale touristische Entwicklung muß darüber hinaus im Einklang mit den Lebensgewohnheiten der Bevölkerung stehen. Touristische Anlagen und Einrichtungen müssen zugleich die Lebensqualität der Bevölkerung *angemessen berücksichtigen*. Diese Neuorientierung der Tourismuspolitik hat auch zur Konsequenz, daß *sie eine integrierte Querschnittsaufgabe der Landesregierung sein muß*.



Zu den wichtigsten Themenfeldern einer Politik des "Tourismus mit Einsicht" zählen u.a.:

- **Tourismus und Verkehr:** Die meisten Urlauber erwarten gleichzeitig gute Verkehrsverbindungen zum Urlaubsort sowie eine Reduzierung der Verkehrsbelastungen in Urlaubsgebieten. Eine Reduzierung dieses Zielkonfliktes kann durch den Ausbau *bzw. die saisonale Verstärkung öffentlichen Personenverkehrs* erfolgen. Dreh- und Angelpunkt ist hierbei die Verbesserung des Bahnverkehrs in der Fläche. Eine Alternative zum motorisierten Individualverkehr muß auch in der Entwicklung der Bustouristik als relativ preisgünstiger und umweltverträglicher Reiseform liegen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt im Ausbau der Radtouristik. Die bisherigen Aktivitäten zur Schaffung zusammenhängender Radwegenetze in Urlaubsregionen müssen fortgeführt werden.
- **Tourismus und Naturschutz:** Zum Erhalt funktionsfähiger Ökosysteme ist der Schutz großer, zusammenhängender Flächen erforderlich. Deshalb ist auch zukünftig die Ausweitung von Landschaftsschutzgebieten sowie die Pflege und Erweiterung von Naturparks notwendig. Die durch den Truppenrückzug in NRW freiwerdenden Liegenschaften und Truppenübungsplätze müssen z.T. für den Naturschutz und neue Naturparks genutzt werden.
- **Tourismus in Stadt und Land:** "Tourismus mit Einsicht" braucht neben intakter Landschaft auch regionaltypische und umweltbewußt gestaltete Städte und Dörfer. *Die* Denkmalpflege und *die* Erhaltung historischer Bausubstanz, *erhalten häufig erst* durch Freizeit- und Tourismusnutzungen eine wirtschaftliche Basis. *Genauso leistet der Tourismus in den vom Strukturwandel in der Landwirtschaft besonders betroffenen ländlichen Regionen wichtige Hilfestellungen.*

IV. Entwicklung der Tourismuswirtschaft

Für eine zukunftsorientierte Tourismuspolitik in NRW ist eine prosperierende Tourismusbranche Voraussetzung. Denn auch die Entwicklung eines umwelt- und sozialverträglichen Tourismus kann auf Dauer nur erfolgreich sein, wenn er sich wirtschaftlich rechnet. Hierbei sind die für den Tourismus Verantwortlichen *auf allen Ebenen* besonders gefordert, wobei

Vor Ort



2 Absätze  
auffallen

notwendige Strukturanpassungen im **Tourismus** auch auf Landesebene zu fördern sind.

Das Rückgrat der Tourismuswirtschaft bilden die mittelständischen Betriebe. Ihre Innovations- und Investitionstätigkeit ist zukünftig stärker zu unterstützen, um im Wettbewerb mit großen Hotelketten und Tourismuskonzernen bestehen zu können. Denn vom Erhalt der mittelständischen Struktur wird zukünftig auch wesentlich Angebotsvielfalt und Regionalcharakteristika im Tourismus abhängen.

*Der Landtag von Nordrhein-Westfalen begrüßt, daß die Landesregierung der Forderung nach Förderung der fremdenverkehrlichen Infrastruktur durch Aufnahme in das regionale Wirtschaftsförderungsprogramm (RWP) nachgekommen ist.*

Die Landesregierung wird *ferner* aufgefordert, folgende Maßnahmen zu verstärken.

- Förderung der Innovations- und Anpassungsfähigkeit der Tourismus-Betriebe durch verstärktes Angebot an Beratungs- und Qualifizierungshilfen. Die bisherigen Beratungshilfen, haben sich grundsätzlich bewährt. Sie sollten in geeigneter Form weiterentwickelt werden.
- *Flexiblere Handhabung von Ladenöffnungszeiten in Tourismusregionen, wenn von Städten und Gemeinden ein entsprechender Bedarf angemeldet wird.*
- Unterstützung bei der Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen *und Steigerung der Attraktivität der beruflichen Ausbildungsgänge* im Tourismussektor.
- *Überprüfung der Richtlinien für die Planung und Genehmigung von Sport- und Freizeiteinrichtungen in Tourismusregionen hinsichtlich einer Vereinfachung und Beschleunigung unter besonderer Berücksichtigung bei der Umwelt-, Sozial- und Stadtverträglichkeit vorzunehmen.*
- Förderung des Kulturtourismus *und Vermarktung der Kulturvielfalt in Nordrhein-Westfalen.*



*Der Landtag Nordrhein-Westfalen begrüßt die Regionalisierung der Tourismuspolitik. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, gemeinsam mit den Tourismusverantwortlichen im Lande die touristischen Besonderheiten in den Mittelpunkt der Imagewerbung und der Beteiligung auf Messen zu stellen, wie dies im Tourismusericht der Landesregierung zum Ausdruck gebracht wird.*

*Die Aufnahme der Förderung der fremdenverkehrlichen Infrastruktur in das regionale Wirtschaftsförderungsprogramm (RWP) unterstreicht die Bedeutung des Tourismus als Wirtschaftsfaktor und als wichtige Aufgabe der regionalen Wirtschaftsförderung. Die in den Regionen Verantwortlichen sind aufgefordert, ihre Tourismusangebote der wirtschaftlichen Bedeutung in der Region entsprechend weiterzuentwickeln und in die jeweiligen regionalen Entwicklungskonzepte einzubringen.*

Die neuen Aufgaben in der Tourismuspolitik erfordern ein erhebliches Maß an Koordination der Aktivitäten vor Ort, *auf regionaler* sowie auf Landesebene unter Einschluß einer *ressort-übergreifenden* Bündelung bestehender Fördermittel und Programme. Um diese Querschnittsaufgabe zu *gestalten* und eine integrierte Tourismuspolitik durchzusetzen, ist die *Umsetzung des Konzepts* für eine umwelt-, sozial-, und *stadtverträglichen* Tourismuspolitik, *wie es in den Leitlinien im Tourismusbericht formuliert ist, durch die Landesregierung* notwendig.

Prof. Dr. Friedhelm Farthmann

Dr. Helmut Linssen

Bodo Hombach  
und Fraktion

Laurenz Meyer  
und Fraktion

